



KEIN ABSCHIEBEGEFÄNGNIS IN GLÜCKSTADT UND ANDERSWO!

Gegen jede Abschiebung! Gegen jedes Abschiebegefängnis!



Inhalt

04–07 Entstehung und aktuelle Situation

08–09 Gestern und heute – Abschiebehaft im Norden

10–11 „Druck aufbauen!“ Interview mit Ehsan A.

12–15 Das Problem heißt Rassismus ...

16–17 Abschiebehaft tötet – Erinnern, auch am 30. August

18–21 Über die Notwendigkeit von Rechtsberatung

22–24 Interview mit Hossein N. – „dass draußen Menschen waren, ...“

25 Gedicht von Hossein N. – „Aber ich warte auf ihr Schreiben“

26–27 Die Besuchsgruppe für Menschen in Abschiebehaft stellt sich vor

28–29 Ausblick – Ausbrechen

30 Erste Hilfe bei Abschiebehaft in MV

31 Link-/Adressenliste

Mit Unterstützung von:



Rosa-Luxemburg-Stiftung
Mecklenburg-Vorpommern e.V.



Rote Hilfe e.V.
Ortsgruppe Kiel
kiel.rote-hilfe.de

Impressum: Lübecker Flüchtlingsforum e.V. | VR: 2155 HL | Willy-Brandt-Allee 11 | 23554 Lübeck
info@fluechtlingsforum.de | solizentrum.de | Tel. 0451–70984522

© **Copyright:** Alle Urheberrechte für Texte und Inhalte liegen beim Lübecker Flüchtlingsforum e.V.

© **Bilder:** Fotoarchiv Kollektiv und flickr/bildwerk.rostock

Bitte fragt uns schriftlich an, wenn ihr Textinhalte oder Fotos verwenden möchtet.

Till everyone is free ... Gegen Abschiebeknäste, in Glückstadt und überall!

Die Kampagne „Kein Abschiebegefängnis in Glückstadt und anderswo“ wird getragen von verschiedenen antirassistischen Gruppen und Initiativen aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Wir lehnen Abschiebehaft und Abschiebungen von geflüchteten Menschen grundsätzlich ab. Wir solidarisieren uns mit allen Menschen auf der Flucht!

Am 16.08.2021 ist der Knast in Glückstadt in Betrieb genommen worden. Bei der Abschiebehaft handelt es sich nicht um Strafhäft, die Inhaftierungen ausschließlich haben den Zweck Abschiebungen sicher zu stellen. Menschen leichter abzuschieben. Im Jahr 2022 wurden beispielsweise insgesamt rund 200 Menschen in Glückstadt inhaftiert, ein Großteil von ihnen wurde abgeschoben. Den Abgeschobenen droht nun ein Leben in Kriegs- und Krisengebieten, in Armut und Verfolgung.

Mehrere Menschen traten im Abschiebeknast in Glückstadt in den Hungerstreik und protestierten gegen die Haftbedingungen und ihre drohende Abschiebung. Diese Proteste haben Wirkung gezeigt und eine Person konnte im Zuge ihres Widerstandes und des öffentlichen Drucks das Gefängnis wieder verlassen. Einer Person, die bereits über 10 Wochen in Haft saß, gelang es sogar aus dem Abschiebegefängnis zu fliehen.

Der vielfältige Widerstand von Inhaftierten zeigt wie groß die Angst und Verzweiflung der Menschen ist. Nicht selten sterben Menschen im Abschiebeknast. Der Tod von Gefangenen wird wissentlich in Kauf genommen. Laut der Antirassistischen Initiative Berlin haben sich zwischen 1993 und 2021 mindestens 415 Geflüchtete angesichts ihrer drohenden Abschiebung das Leben genommen sich selber zu töten oder sind bei dem Versuch vor der Abschiebung zu fliehen gestorben, davon befanden sich 86 Menschen in Abschiebehaft. Selbstverletzungen und Suizidversuche sind auch im Knast in Glückstadt passiert.

All dies zeigt: Abschiebehaft ist grausam, menschenverachtend und tödlich!

Diese Broschüre informiert über Abschiebehaft und zeigt, dass dies eine unmenschliche grausame Praxis ist, die sofort abgeschafft werden muss.

Dementsprechend beschäftigt die Broschüre sich mit der Vorgeschichte der Abschiebehaft in Glückstadt, der aktuellen Situation und lässt Betroffene von Abschiebehaft zu Wort kommen. Weiter setzt sie sich mit rechtlichen Handlungsmöglichkeiten, mit der konkreten Solidaritätsarbeit für die Inhaftierten und politischen Widerstandsoptionen auseinander.

ENTSTEHUNG UND AKTUELLE SITUATION



Planung und Bau

Um den Bau der des Abschiebegefängnisses in Glückstadt zu ermöglichen, verabschiedete der schleswig-holsteinische Landtag Anfang 2019 das Abschiebehaftvollzugsgesetz. Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU, SH) warb mit dem Slogan ‚Wohnen minus Freiheit‘ für die Akzeptanz der Einrichtung und auch in späteren Statements von Verantwortlichen beispielsweise während den Führungen durch das fertige Gefängnis wurde die verharmlosende Sprache beibehalten. So wurde stets von „Bewohnern“ oder „Untergebrachten“ gesprochen, statt von Inhaftierten - schließlich sei die Einrichtung auch kein Gefängnis. Drinnen hätten sie zahlreiche Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung um ihre Zeit dort gemeinsam mit anderen und so angenehm wie möglich zu verbringen.

Schleswig-Holstein ist verantwortlich für den Betrieb, genutzt wird die Einrichtung aber auch von den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg. Zur Inbetriebnahme des Knastes waren alle großen Parteien beteiligt: In Hamburg SPD und Grüne, in Schleswig-Holstein CDU, FDP und Grüne und in MV SPD und CDU. Interessanterweise präsentieren sich die gleichen Parteien, wenn sie nicht an der Landesregierung beteiligt sind als Gegner der Abschiebehaft in Glückstadt.

Dass die drei nördlichen Bundesländer eine Abschiebungshaftanstalt eingerichtet haben, ist eine rein freiwillige Entscheidung und rechtlich nicht zwingend notwendig, wie insbesondere von den Grünen gerne behauptet wird. Kein Bundesland ist zum Betrieb eines Abschiebungsgefängnisses verpflichtet. Auch die Herleitung aus der EU-Rückführungsrichtlinie ist nicht korrekt. Diese bindet lediglich den Bund. Auch aus dem Aufenthaltsgesetz ist keine Verpflichtung eines Bundeslandes zum Betrieb einer Abschiebungshaftanstalt und zum Vorhalt von Haftplätzen herzuleiten.



Wohnen minus Freiheit – das Märchen vom guten Gefängnis

Das die verhamlosende Erzählung einer „Einrichtung zum Abschiebevollzug“, die die modernste und humanste der BRD sein soll, mit der Realität rein gar nichts zu tun hat, zeigt sich schon beim Blick auf die baulichen Gegebenheiten. Auch der Kontakt zu den Inhaftierten und das, was sie von ihrer Haft berichten bestätigt, dass diese mit ‚Wohnen‘ nicht ansatzweise treffend beschrieben werden kann.

Seit August 2021 ist der Abschiebeknast in Glückstadt nun in Betrieb. Glückstadt ist eine touristische Kleinstadt an der Elbe, zwischen Itzehoe und Hamburg und liegt auf schleswig-holsteinischem Landesgebiet.

Die Hafteinrichtung befindet sich in einem 1936 erbauten Kasernenareal und ist mit einer sechs Meter hohen Mauer umgeben. Auch im Innenhof des Gefängnisses gibt es zahlreiche weitere meterhohe Metallgitter, die mit Stacheldraht sowie zahlreichen Überwachungskameras bestückt sind. Im Inneren setzt sich diese Bauweise fort, die Türen der Schlafzimmer sind massiv, von außen ab- und aufschließbar und es kann von außen hineingesehen werden. Es gibt neben den regulären Zellen auch welche, in denen vom Personal als „unkooperativ“ eingestufte Inhaftierte isoliert und fixiert werden können. Im Gruppenbesuchsraum befinden sich mehrere Tische mit Stühlen darum, ebenfalls ein Spielteppich und Puppen für Kinder. Die

Gefangenen haben keine Privatsphäre bei Besuchen, diese finden oft gleichzeitig mit anderen Besuchen im selben Raum statt. Alle im Besuchsraum Anwesenden werden dann von zwei Sicherheitsleuten bewacht, die hinter einem Tresen am Rande des Raumes sitzen. Es gibt auch Einzelbesuchsräume, bei denen eine Panzerglasscheibe Besucher*in und Inhaftierte*n voneinander trennen. Dies wird als Sanktion bei „Fehlverhalten“ verwendet. Innerhalb der Gebäude lassen sich viele Türen nicht einmal mit den Schlüsseln der Beamt*innen öffnen, sondern müssen erst zentral freigeschaltet werden. Die einzigen Türen nach draußen sind der streng bewachte Haupteingang und in die Mauer eingelassene Tore für die Fahrzeuge, in denen die Abschiebungen vollzogen werden. Auf dem Innenhof, der kaum Grünflächen, dafür viel Beton, Metall, Gitter und Kameras aufweist, dürfen die Inhaftierten nur zu begrenzten Zeiten und stets unter Aufsicht.

„Auch hier ist eine Fünf-Punkt-Fixierung erlaubt, für die es in der Psychiatrie eine richterliche Genehmigung braucht. Für den Umgang mit psychisch Kranken, von denen es in Abschiebehaft überdurchschnittlich viele gibt, hat das Land keinen Plan.“

Frank Gockel zur Abschiebehaft in Glückstadt
<https://taz.de/Neue-Abschiebehaftanstalt-der-Nordlaender/!5790701/>

Die Inhaftierten

Insgesamt stehen 60 Haftplätze zur Verfügung, je Bundesland 20. Die Inhaftierten können bis zu 18 Monate in Glückstadt festgehalten werden. Es ist umständlich, an Zahlen zur Nutzung des Gefängnisses zu kommen. Es gibt keine regelmäßige Statistik, die von Seiten der Ministerien oder der Einrichtung selbst herausgegeben wird, stattdessen müssen parlamentarische Anfragen bei den jeweiligen Landesregierungen gestellt werden. Im Jahr 2022 waren insgesamt 195 Menschen eingesperrt. Aus Hamburg waren es 112 Menschen, aus SH 50 und 32 aus MV. Sie alle waren unterschiedlich lang in Glückstadt, manche nur wenige Tage, andere mehrere Monate. Der längste Aufenthalt 2022 dauerte bspw. ganze 114 Tage an!

Auch die Länder, in die die Inhaftierten abgeschoben werden sind unterschiedlich, wie zum Beispiel Polen, Albanien, Spanien, Türkei, Ghana oder Rumänien.

Widerstand

Seit Eröffnung des Knastes wehren sich die Insass*innen gegen das Unrecht, welches ihnen in Glückstadt widerfährt. Es gab Hungerstreiks, die wir als Kampagne durch Öffentlichkeitsarbeit und Proteste unterstützt haben, sowie Fluchtversuche von denen einer sogar geglückt ist. Den Knast in Glückstadt durch Protest oder Flucht zu verlassen, bedeutet für die Personen dennoch nicht, dass sie die Sicherheit auf eine Bleibeperspektive haben. Hossein schildert in einem Interview, wie das Leben nach seinem



Hungerstreik und der Entlassung wegen „Reiseunfähigkeit“ aussieht – seit bald einem Jahr weiterhin nur „geduldet“, mit Arbeitsverbot, dem Verbot Kiel zu verlassen und weiter ohne Perspektive.

Auch die Besuchsgruppe und die Abschiebehafthilfeberatung Nord leisten solidarische Arbeit und sind Ansprechpartner:innen für die Gefangenen, sie besuchen die Inhaftierten und leisten rechtliche Beistand.

Die Kampagne

Als die Pläne im Jahre 2018 bekannt wurden, begannen sich Gegner*innen der Abschiebehafthilfe zu vernetzen und zu organisieren. In der Kampagne sind zahlreiche Initiativen und Gruppen aus allen drei Bundesländern, aus denen inhaftiert wird vertreten. Die Arbeit

der Kampagne will die Inhaftierten unterstützen – und auf die Abschaffung des Gefängnisses hinarbeiten. Von Beginn an gab es zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen, sowohl in Glückstadt am (werdenden) Gefängnis selbst, als auch an vor den Parlamenten selbst. Wir organisieren unter anderem einmal im Jahr eine Großdemo zum Knast. Wir werden aktiv, wenn wir von Gefangenen hören, die sich gegen ihre Abschiebung und die Haft wehren. Wenn du die Arbeit der Kampagne unterstützen möchtest, melde dich gern bei uns!

Kontakt zur Kampagne:

glueckstadt-ohne-abschiebehafthilfe@riseup.net



PODCAST

„Wohnen minus Freiheit oder Matjes für alle“



Gestern und heute – Abschiebehaft im Norden

Bevor die drei norddeutschen Bundesländer (MV, SH und HH) gemeinsam das Abschiebegefängnis in Glückstadt in Betrieb nahmen (August 2021), gab es (zeitweise) jeweils eigene Abschiebegefängnisse – auch dort gab es Widerstand der Gefangenen und Solidaritätsstrukturen.



Von Glasmoor ...

1994 wurde der erste Hamburger Abschiebeknast Glasmoor „eröffnet“. Schon acht Monate nach der Inbetriebnahme gab es einen Hungerstreik der Gefangenen. Parallel gründeten sich solidarische Strukturen, um diese Proteste von außerhalb des Knastes zu unterstützen. Der Abschiebeknast Glasmoor befand sich außerhalb von Hamburg bei Norderstedt in Schleswig-Holstein – mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht zu erreichen. In mit Nato-Draht gesicherten Containern auf einer Wiese war Platz für 84 Gefangene, die bis zu 18 Monate dort festgehalten werden konnten.

Bis zur Schließung 2003 gab es zahlreiche Proteste und Widerstand außerhalb und innerhalb des Gefängnisses: Hungerstreiks der Gefangenen, Demonstrationen, Flughafenaktionen, Konzerte und konkrete Verhinderungen von Abschiebungen. Durch monatlich stattfindende Sonntagsspaziergänge konnte Kontakt zu den Inhaftierten aufgenommen werden. Mit über den Zaun gerufenen Namen war es möglich, Gefangene zu besuchen. Gleichzeitig wurden bei vielen Aktionen die Besucher*innen mit Besuchsverboten belegt in Form von Hausfriedensbruchanzeigen. Die Glasmoorgruppe versuchte Widerstandskaktionen der Gefangenen und die Verhältnisse im Knast öffentlich zu machen um so gemeinsam gegen die Isolation anzukämpfen.

Nach neun Jahren wurde 2003 das Provisorium Glasmoor geschlossen und Abschiebegefangene in der Strafanstalt Fuhlsbüttel untergebracht, später dann außerhalb Hamburgs in verschiedenen Abschiebegefängnissen. 2016 wurde schließlich in Hamburg, als einem der ersten Bundesländer unter rotgrüner Regierung ein Abschiebegefängnis auf dem Gelände des Hamburger Flughafens eingerichtet. Erst als Abschiebegefängnis mit relativ kurzer Aufenthaltsdauer, später dann als Gefängnis mit einer möglichen Haftdauer von bis zu 18 Monaten. Seit der Inbetriebnahme des Abschiebegefängnisses in Glückstadt wurde das Gefängnis kaum noch genutzt, mittlerweile ist das Abschiebegefängnis ganz geschlossen. Hamburg nutzte den neuen Knast in Glückstadt im ersten Jahr am häufigsten, im Vergleich der drei Bundesländer und zahlte an MV um deren Kapazitäten mitzunutzen.



Und Bützow ...

In Mecklenburg-Vorpommern wurden Menschen, die abgeschoben werden sollen, bis 2014 in der JVA Bützow inhaftiert, danach bis 2021 in der JVA Neustrelitz. Beides sind Gefängnisse für Strafgefangene, somit war diese Praxis, auch nach den geltenden Asylgesetzen, illegal: Menschen, die keine Straftaten begangen haben (und nur bis zu ihrer Abschiebung in Gewahrsam sind) dürfen nicht gemeinsam mit Gefangenen des Strafvollzugs eingesperrt sein – so sagt es ein Urteil des Europäischen Gerichtshof von 2014. Zu der Zeit regierten Union & SPD. Beide Parteien haben sich über den Grundsatz des Europäischen Gerichtshof hinweggesetzt.

Seit Existenz des Abschiebeknastes in Glückstadt werden betroffene Geflüchtete direkt nach dem Untersuchungsgewahrsam nach Glückstadt gebracht und damit weit fort von Familie, Angehörigen und lokalen Unterstützer:innen. Die Landesregierung von MV treibt somit die Isolation der Betroffenen im Dienste einer rigiden Abschiebepolitik auf die Spitze.

... und Rendsburg

In Schleswig Holstein war von 2003 bis 2014 das Abschiebegefängnis in Rendsburg in Betrieb. Dort gab es 56 Haftplätze in 43 Hafträumen und es wurden männliche Abschiebegefangene ab 16 Jahren dort eingesperrt. Die durchschnittliche Haftdauer betrug 30 Tage. Insgesamt wurden in den elf Jahren 3544 Menschen dort inhaftiert. Zusätzlich nutzte SH ab 2008 auch das Abschiebegefängnis in

Eisenhüttenstadt. Von Anfang an war der Rendsburger Abschiebeknast geprägt durch Proteste der Gefangenen. Bereits fünf Monate nach der Eröffnung protestierten die Inhaftierten gegen mangelhafte Verpflegung und lange Haftdauer. Manche der Inhaftierten traten in den Hungerstreik. Neben den Protesten der Gefangenen gab es gegen den Knast auch von außen Widerstand von Unterstützer*innen. Aktivist*innen organisierten Demonstrationen und Mahnwachen und besuchten die Inhaftierten regelmäßig.

Immer wieder stand die Abschiebehaft einrichtung Rendsburg wegen langer Haftdauer und unsensiblen Umgang mit traumatisierten Menschen in der Kritik. Ob ein Inhaftierter traumatisiert oder psychisch erkrankt ist, wurde vor der Inhaftierung nicht geprüft. Wiederholt kam es während der Haft zu Suizidversuchen. Weiter wurden jugendschutzrechtliche Bestimmungen missachtet: Jedes Jahr wurden minderjährige unbegleitete Geflüchtete inhaftiert, denen keine rechtliche Vertretung zur Seite gestellt wurde. Nach der Schließung des Rendsburger Knastes 2014 nutzte Schleswig-Holstein die brandenburgische Haft in Eisenhüttenstadt.

... nach Glückstadt

2017 beschloss die sogenannte „Jamaika-Koalition“ aus CDU, FDP und Grünen in Schleswig-Holstein, gemeinsam mit Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern ein neues Abschiebegefängnis zu errichten: In Glückstadt.

Interview mit Ehsan A., der 2013 im Rendsburger (SH) Abschiebeknast inhaftiert war.

Du warst in Abschiebehaft. Kannst du uns erzählen wann und wo das war?

Ich bin im Winter 2013 mit anderen Geflüchteten zu Fuß über die serbisch-ungarische Grenze gegangen. Dort wurden wir von der ungarischen Polizei festgenommen und die Fingerabdrücke abgenommen. Ich wollte aber nicht in Ungarn bleiben und bin weiter Richtung Skandinavien gegangen. An der deutsch-dänischen Grenze wurde ich von der deutschen Polizei kontrolliert und festgenommen. Einen Tag später wurde ich dann in die Abschiebehaft Rendsburg (SH) gebracht. Dort war ich über anderthalb Monate.

Kannst du uns den Tagesablauf im Gefängnis schildern?

Der Tagesablauf im Gefängnis war klar geregelt. Er bestand aus Essenszeiten, morgens 7 bis 8 Uhr, mittags zwölf bis ein Uhr und abends 18 bis 19 Uhr. Das Essen musste man in der verschlossenen Zelle alleine einnehmen. Alle Zellen waren Einzelzellen, ausgestattet mit einem Bett, einem Fernseher, einem Schreibtisch und Stuhl sowie einer Toilette.

Zwischen den Mahlzeiten konnte man sich im Gefängnis bewegen. Es gab einen Spiel- und Leseraum. Die Bücher waren aber alle auf deutsch und keine*r von uns konnte sie lesen. Von 20 bis 7 Uhr in der Nacht mussten alle in ihren Zellen sein. Pro Woche gab es 20 Euro Taschengeld, mit dem man zum Beispiel Zigaretten kaufen konnte.

Welches Gefühl hattest du dort?

Die Zeit im Abschiebegefängnis war eine entsetzliche Zeit, ich hatte dauerhaften Stress. Ich kenne viele Gefängnisse, ich war in Griechenland im Gefängnis und auch in meinem Heimatland, wo die Zustände ganz anders sind.

Das Rendsburger Gefängnis war sauber, es gibt Verpflegung und so weiter – aber nicht zu wissen, wie es weitergeht, wie die Zukunft aussieht, ist schlimm. Ich musste damit rechnen, nach Ungarn zurückgeschoben zu werden. Die Situation für Geflüchtete dort ist sehr gefährlich, es gibt eine rechte Regierung und Geflüchtete sind dort nicht willkommen. Der schlimmste Gedanke war, dass sie mich von Ungarn aus direkt in mein Heimatland zurück abschieben, das wäre eine Katastrophe gewesen.

Konntest du mit anderen Häftlingen in Kontakt treten?

Konntet ihr euch austauschen?

Ich konnte nur mit einigen Mitgefangenen kommunizieren, weil wir die gleiche Sprache gesprochen haben bzw. Englisch konnten. Da war zum Beispiel ein Mann, der in Bulgarien Fingerabdrücke abgeben musste. Er war dort im

Gefängnis, weil alle Geflüchteten in Bulgarien grundsätzlich erst einmal eingesperrt werden. Aus Angst wieder nach Bulgarien zu müssen, trat er acht Tage in einen Hungerstreik und hat nur Wasser zu sich genommen. Er wurde trotzdem abgeschoben. Viele der anderen Geflüchteten waren schon seit fünf Jahren oder länger in Europa. Wurden sie zum Beispiel in Schweden abgelehnt, versuchten sie es in Frankreich – immer auf der Suche nach Bleiberecht. Und irgendwann wurden sie kontrolliert und in die Abschiebehaft genommen.

Gab es etwas, dass dir Hoffnung gegeben hat oder was dir geholfen hat?

Als ich in Haft kam, erklärte mir die Gefängnisleitung, ich müsse auf meine Abschiebung warten. Ich fragte, ob es nicht eine Chance gibt, in Deutschland zu bleiben. Mir wurde gesagt, nur politische Verfolgung wird anerkannt und ich könne mich an die Sozialarbeiterin wenden, die einmal pro Woche in das Rendsburger Gefängnis kam. Der Sozialarbeiterin erzählte ich meine Geschichte und sie recherchierte draußen für mich. Sie konnte Beweise finden, dass ich in meinem Heimatland politisch verfolgt werde und hat die Presse informiert. Menschen aus meinem Heimatland, Aktivist*innen vor Ort, die Kirche, die Presse alle haben Druck gemacht. Ich habe Anrufe auf das einzige Telefon im Gefängnis bekommen, von Freund*innen und Genoss*innen, dieser Kontakt war sehr wichtig für mich. Ich wusste, ich bin nicht alleine. In letzter Minute habe ich dann einen Aufenthalt bekommen und konnte das Gefängnis verlassen.

Du lebst jetzt lange in Schleswig-Holstein. Was denkst du zum Abschiebegefängnis, das CDU, FDP und Grüne haben bauen lassen?

Ich bin gegen das Abschiebegefängnis in Glückstadt! Das Problem Deutschlands und der EU ist, sie haben ein Problem mit Einwanderung. Sie wissen einfach nicht, wie sie mit Migration und Einwanderung von Geflüchteten umgehen sollen. Es wird immer wirtschaftlich argumentiert, ich denke da ist das Problem. Abschiebegefängnisse sind keine Lösung. Die Migranten sind nicht kriminell! Jeder Mensch sollte das Recht haben, ein Leben aufzubauen oder selbst entscheiden, ob er es woanders versuchen möchte. Ich denke, wir müssen praktische Lösungen finden. Ich argumentiere nicht idealistisch, weil wir eine realistische Alternative zu Abschiebungen finden müssen. Meine Alternatividee ist ein Visum zur Arbeitssuche.

Was können wir tun, um Abschiebehaft zu verhindern?

Klar, wir können uns für einzelne Menschen einsetzen. Das funktioniert meistens dann, wenn man sich persönlich kennt. Aber das wird immer die Ebene des Einzelfalls bleiben. Wie viele Personen können wir retten? Wir können so nicht alle retten. Letztendlich müssen die Regierungsparteien unter Druck gesetzt werden. Die sind für die Abschiebehaft und die Gesetzgebung verantwortlich. Wir sollten Onlinepetitionen unterschreiben, Menschen für das Thema sensibilisieren und informieren, Demonstrationen organisieren. Also Druck aufbauen!





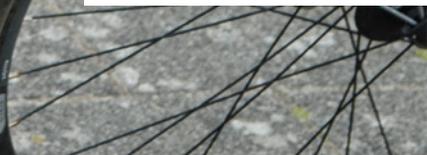
Das Problem heißt Rassismus ...

Den Begriff „Rassismus“ gibt es seit ca. 100 Jahren. Der Versuch, Menschen entlang von körperlichen Merkmalen in willkürliche Rassen einzuteilen, ist älter. Lange Zeit dachten viele Menschen bei Rassismus an Sklaverei und Ku Klux Klan. Mittlerweile ist der Begriff beinahe täglich Bestandteil der öffentlichen Berichterstattung – meist im Zusammenhang mit Gewalttaten. Das liegt mit Sicherheit nicht daran, dass es vor 20 Jahren keinen Rassismus oder keine rassistischen Gewalttaten gegeben hätte. Es sei nur an die Morde des NSU und den Umgang der Ermittlungsbehörden damit erinnert, deren letzter Gedanke es war, in Richtung rassistischer Motive zu ermitteln. Es ist auch ein Erfolg sozialer Bewegungen, wie z. B. „Black lives matter“, dass es nicht mehr so einfach geht, den rassistischen Gehalt von Gewalttaten zu verschleiern oder zu ignorieren. Rassismus als Haltung ist zwar weit verbreitet, wird aber von weiten Teilen der Bevölkerung und in Medien immerhin als Problem betrachtet.

Aber Rassismus ist mehr als eine Ideologie, mehr als eine Haltung, von der mensch sich distanzieren kann. Rassismus ist ein sehr wirksames Herrschaftssystem, von dem fast alle profitieren, die in den industriell entwickelten Ländern der nördlichen Hemisphäre leben. Fast alle, weil auch hier natürlich nicht alle gleichermaßen profitieren. Rassismus als Herrschaftssystem stützt sich auf eine breite gesellschaftliche Zustimmung. In der nördlichen Hemisphäre wird ein höherer Lebensstandard als Selbstverständlichkeit betrachtet. Doch für dieses Wohlstandsgefälle sorgen Strukturen, die über Jahrhunderte mit Gewalt etabliert wurden.

Aktuell wird Rassismus als Herrschaftssystem unter anderem deutlich am Beispiel der Klimakrise. Noch in den 80er Jahren galt die Art industrieller Entwicklung, die die Länder der nördlichen Hemisphäre vollzogen hatten als vorbildhaft. Die weniger industriell entwickelten Länder des Südens bräuchten nur die gleiche Entwicklung vollziehen, um das gleiche Maß an Wohlstand zu erlangen.

Die Länder des Nordens bauten und bauen aber ihren Reichtum auf der Ausbeutung von anderen Teilen der Welt aus und sorg(t)en damit gleichzeitig dafür, dass diese am Aufstieg gehindert wurden und werden. Mittlerweile dürfte allen klar sein, dass die Erde mit ihren Ressourcen endlich ist. Deswegen ist eine grundlegende Veränderung nötig, denn Europa beutet weiterhin die Länder der südlichen Hemisphäre aus. Der Wohlstand der Länder des Nordens beruht auf ihrer Unterdrückung. Z. B. bedeutet das standardmäßige Angebot von T-Shirts für 2 Euro in unseren Geschäften für Menschen in Indien oder Pakistan Lohnsklaverei und Todesrisiko in baufälligen Fabrikhallen. Überfischung, Artensterben und Klimakrise werden jetzt als Menschheitsprobleme gesehen, sind aber dem Hunger nach Wachstum des Nordens geschuldet. →



Für viele Menschen bleibt auf der Suche nach Perspektiven und Zukunft nur die Migration. Migration ist somit auch als eine soziale Bewegung zu betrachten, die eine Umverteilung des Reichtums und Ressourcen der Erde fordert. Migrationskontrolle und Abwehr durch die USA und Europa sind deshalb auch Herrschaftssicherung.

Die Migrationspolitik in Europa ist gekennzeichnet von der Abwehr Geflüchteter möglichst schon vor den Außengrenzen der EU: Ob Abkommen mit der Türkei, die Kooperation mit Libyen oder Langstreckendrohnen über dem Mittelmeer - Es wird lieber in Deals mit Despoten und Diktatoren investiert, die für die EU Geflüchtete aufhalten oder illegale Pushbacks durchführen lassen, als in eine Seenotrettung, die das Mittelmeer nicht mehr zum Massengrab werden lässt. Zivile Seentorettung wird vielmehr kriminalisiert, es werden gepanzerte Fahrzeuge an die Grenzen geschickt, stacheldrahtgespickte Zäune aufgestellt und im Zweifel wird an den Außengrenzen auch geschossen.

Diese militärische Abwehr ist Ausdruck von institutionellem Rassismus, der auch in Deutschland den Diskurs prägt: Mit Forderungen nach mehr Abschiebungen und dem Ausbau von Abschiebegefängnissen. Parallel möchte Deutschland sich als ein Land labeln, das attraktiv für ausländische Fachkräfte sein will. Diese Idee ist auch gar nicht so neu: Immer dann, wenn Migration dem Staat zum Vorteil ist, wird versucht die Attraktivität zu betonen. Das war mit den sogenannten Gastarbeiter:innen in den 50ern und 60ern so, später mit Pflegekräften aus Osteuropa oder Erntehelfer:innen auf den Spargelfelder zur Coronazeit. Jetzt sollen es qualifizierte Fachkräfte sein. Der Nationalismus, die Angst vor Zuwanderung sitzt in Deutschland offenbar so tief, dass selbst die aus neoliberaler Perspektive gewollte Zuwanderung nicht wirklich funktioniert. Deutschland hat keine zuwanderungsfreundlichen Gesetze, individueller wie struktureller Rassismus prägen die

Gesellschaft und so bleibt der Ruf nach qualifizierter Zuwanderung ein hilfloser Versuch einer post-faschistischen Gesellschaft.

Menschen, die nicht ins neoliberale Muster passen, und auf der Suche nach Schutz, Sicherheit und einer Perspektive nach Deutschland kommen wollen, haben gar keine Lobby. Auch, wenn wir eine Ausnahme jüngsten Zeit ausmachen konnten: Die Fluchtbewegung aus der Ukraine wegen des Angriffs Russlands. Allerdings wird gerade an diesem Beispiel der tiefverankerte Rassismus deutlich: Für die weißen Geflüchteten wurden kurzerhand repressive Gesetze außer Kraft gesetzt, Aufenthaltserlaubnisse ohne weitere Prüfung vergeben und direkter Zugang zu den Sozialsystemen ermöglicht. Parallel bekommen Geflüchtete aus der Ukraine, die keine ukrainische Staatsbürgerschaft haben, regelmäßig nur eine Duldung und sind von Abschiebungen bedroht. Der Rassismus, der die deutsche und europäische Migrationspolitik durchzieht, auch, wenn wir eine Ausnahme in jüngster Zeit ausmachen konnten, wird für alle sichtbar, die hinsehen.

Das Asylrecht ist lange keins mehr und die Verschärfungen der Gesetze, die einen Aufenthalt in Deutschland immer unattraktiver machen sollen, ist wie eine Spirale. Sie kennt nur eine Richtung: Begrenzung und Ausgrenzung. Daher verwundert auch die Einigkeit von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen beim Thema Abschiebepolitik und im Betrieb von Abschiebeknästen nicht wirklich. Unsere Antwort auf die Repression gegen Geflüchtete und Migrant:innen ist die Solidarität. Wir kämpfen gegen Abschiebungen und jedes Abschiebegefängnis. Denn sie verstoßen gegen Menschenrechte, sie sind Unrecht und sie sind ein Ausdruck von Rassismus. Wenn wir gegen Abschiebeknäste kämpfen, kämpfen wir gegen eine der Spitzen des tief verankerten Rassismus. Und zwar gegen den Rassismus, der Menschen auf der Welt nach wie vor in privilegierte und nicht privilegierte einteilt und der über Jahrhunderte unsere Gesellschaft prägt.





„Jeder Tag in Haft kostet zwischen 200 und 600 Euro pro Person. Auch Abschiebungen selbst kosten den Staat unfassbar viel. Ich weiß von einer Frau aus einem westafrikanischen Land, die mit einem Einzelcharter zurückgebracht wurde. Das hat 120.000 Euro gekostet. Damit hätte man sie auch bis an ihr Lebensende auf Sozialhilfeniveau in Deutschland leben lassen können.“

ZITAT: PETER FAHLBUSCH (RA)*

Abschiebehaft tötet – Erinnern, auch am 30. August



Content Note: Im folgenden Text geht es um psychische Gewalt und Suizid.

Am 30. August 1983 starb Kemal Altun durch einen Sprung aus dem Fenster eines Berliner Verwaltungsgerichts. Ihm drohte die Auslieferung in die Türkei, der er unter allen Umständen entkommen wollte – Freitod statt Unfreiheit und Folter. Auf Kemal Altun geht der Gedenktag für die in Abschiebehaft Gestorbenen am 30. August zurück.

Strukturell und systematisch – Kemal Altun ist nicht der einzige Tote

Menschen verletzen sich angesichts drohender Abschiebungen und sie ziehen Suizid in Betracht. Dies ist eine bittere und schmerzhaftes Tatsache, die es selten zur BILD-Schlagzeile oder in die Tagesthemen schafft. In der Vergangenheit bekannt gewordene Todesfälle sind zum Beispiel die von Kola Bankole, Rachis Sbaai und Atlankou Dagwasoundel.

2012 war der Selbstmord von Mohammad Rahsepar in Würzburg der zündende Funke für selbstorganisierte Demonstrationen und Proteste, wie die RefugeeTent Action und den Refugee Protest March, der zur Besetzung des Oranienplatzes in Berlin führte.

Der Sprung aus dem Fenster – Ausweg im letzten Moment

Das deutsche Asylsystem zwingt die Menschen zum Warten und bürdet ihnen darin Vieles auf: Zermürbung, Unsicherheit, Depression, Ängste. Die Abschiebehaft stellt für alle eine Verschärfung ihrer bereits verzweifelten Lage dar. Neben dem Eingeschlossen-Sein belasten die drohende Rückkehr und die rechtliche und politische Ausweglosigkeit. In den meisten Fällen droht Verfolgung, auch wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Fluchtgründe nicht für schützenswert oder dringend genug hielt. Die Perspektive bedeutet dann Armut und hohe Verschuldung durch die Kosten der Flucht. Der Aufbau einer Existenz für sich selbst und die Familie ist für Abschiebegefangene gescheitert. Der psychische Druck, der zu bestehenden psychischen Erkrankungen hinzu kommt nimmt in Abschiebehaft erheblich zu:





... So drohte 2016 ein Familienvater in Stralsund aus dem Fenster zu springen.

... Ein 57-Jähriger in einem kleinen Ort bei Rostock sah 2017 keine andere Möglichkeit für sich, als tatsächlich zu springen.

... Eine 34-jährige Indonesierin erhängte sich im April 2010 in Abschiebehaft in Hamburg.

... Im Mai 2018 sprang in Greifswald ein 26-Jähriger angesichts der drohenden Abschiebung aus dem Fenster der Gemeinschaftsunterkunft und zog sich dabei mehrere Wirbelsäulenbrüche zu.

... Im November 2022 sprang in Hamburg ein 19-jähriger Afghane aus Angst vor der Abschiebung aus dem Fenster einer Unterkunft und verletzte sich schwer.

Die Antirassistische Initiative Berlin (ARI) hat eine Dokumentation in 26. Ausgabe erstellt: „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen“, zu finden unter www.ari-dok.org

Abschiebehaft in Glückstadt – Gedenken am 30. August

Das System aus rassistischem Asylverfahren, Haft und Abschiebung ist brutal und unerträglich und kostet in jedem Jahr mehrere Menschenleben. Dies geschieht nicht versehentlich, sondern strukturell und systematisch. Das gilt auch für den Abschiebeknast in Glückstadt: Einige der Geflüchteten, mit denen wir in Kontakt waren, deuteten an, sich im Fall einer Abschiebung das Leben zu nehmen. Nutzen wir den 30. August, um der Toten zu gedenken, die an den deutschen Innengrenzen sterben.

Anmerkung für Betroffene:

Wer selbst Suizidgedanken hat und Hilfe sucht, auch als Angehörige*r, findet sie etwa bei der Telefonseelsorge unter der Rufnummer 0800-1110111 und 0800-1110222. Die Berater*innen sind rund um die Uhr erreichbar, jeder Anruf ist anonym, kostenlos und wird weder auf der Telefonrechnung noch dem Einzelverbindungsanruf erfasst.

Abschiebehafthberatung Nord: über die Notwendigkeit von Rechtsberatung



ABSCHIEBEHAFT BERATUNG NORD

Wir, die Abschiebehafthberatung Nord, sind eine Rechtsberatungsinitiative, die kostenlos Personen in Abschiebehafth unterstützt. Die meisten von uns sind Studierende und Doktorand:innen, überwiegend aus der Rechtswissenschaft und den Sozialwissenschaften. Das Projekt ist eine Kooperation der Refugee Law Clinics in Hamburg und Kiel sowie der Bucerius Law School Hamburg. Viele von uns sind oder waren auch in der Migrationsrechtsberatung einer der beteiligten Law Clinics tätig, haben also zusätzlich Erfahrung mit der Asyl- und Aufenthaltsrechtsberatung. Unsere Aktiven haben verschiedene Motive, sich in die A-Hafth-Beratung einzubringen, einige hat die Beratungsarbeit in den RLCs politisiert, andere waren schon vorher in Antira Projekten aktiv. Uns allen gemeinsam ist, dass wir es für unvermeidbar halten, dass Menschen zu Unrecht inhaftiert werden.

Unser Anliegen ist es, inhaftierte Menschen in der Abschiebehaftheinrichtung Glückstadt zu unterstützen, ihnen Klarheit über ihre rechtliche Lage zu vermitteln und im Idealfall dafür zu sorgen, dass sie aus dem Abschiebegefängnis entlassen werden. Personen in Abschiebehafth erhalten – im Unterschied zu Leuten, die wegen einer Straftat inhaftiert werden – keine:n Pflichtanwält:in. Das heißt, dass sie dem Verfahren oftmals ohne jeden

rechtlichen Beistand ausgeliefert sind. Vielen Betroffenen ist nicht einmal klar, warum sie eingesperrt werden, da sie keine Straftaten begangen haben. Anwält:innen finden sie aus der Haft heraus oft nicht. Wir versuchen, die Beratungslücke zu schließen. Wir klären die Gefangenen darüber auf, was gerade mit ihnen passiert, und nutzen die Möglichkeit im Abschiebehafthverfahren, uns von den Gefangenen als „Person des Vertrauens“ benennen lassen. Wir sind dann am Verfahren beteiligt und können gegen die Haft vorgehen. Wir stellen also sicher, dass die Betroffenen dem Verfahren/den Behörden nicht allein ausgeliefert sind und Handlungsfähigkeit zurückerhalten.

Wie sieht das konkret in der Praxis aus? Wir beraten die inhaftierten Menschen und werden, wenn sie das möchten, auf haftrechtlicher Ebene für sie aktiv. Wir stellen z.B. Haftaufhebungsanträge beim zuständigen Gericht, nehmen Akteneinsicht und schreiben Begründungen. Oftmals lehnen die Amtsgerichte die Anträge ab, sodass wir Widersprüche einlegen und das Verfahren in die höheren Instanzen bringen, in manchen Fällen bis hin zum Bundesgerichtshof. Wir prüfen parallel, ob es aufenthaltsrechtliche Möglichkeiten für die Betroffenen gibt, die bisher nicht berücksichtigt worden sind. Wenn das so ist,



„Die Hälfte meiner Mandant*innen sitzt – jedenfalls teilweise – zu Unrecht in Abschiebungshaft. Das ist nicht etwa meine »gefühlte Statistik«, sondern es handelt sich um rechtskräftig entschiedene Verfahren, bei denen die Entscheidung erging: Dieser Mensch war zu Unrecht in Haft. Ich erstelle diese Statistiken nicht etwa aus Langeweile, sondern weil es von offizieller Seite aus angeblich keine Zahlen gibt. In einem Statistik-Weltmeisterland wie Deutschland, in dem jeder Baum gezählt wird, ist es schon verwunderlich, dass nicht erhoben wird, wie viele Menschen zu Unrecht ihrer Freiheit beraubt werden. Dass das hierzulande möglich ist, hätte ich mir zu Studienzeiten nicht vorstellen können.“

*Zitat: Peter Fahlbusch (IRA)**





verweisen wir den Fall an eine der Refugee Law Clinics oder versuchen, geeignete Anwält:innen für den Betroffenen zu finden.

Leider können wir nur in wenigen Fällen erreichen, dass eine Person aus der Haft entlassen wird, selbst wenn sich die Haft später als rechtswidrig herausstellt. Viele werden noch vor der Gerichtsentscheidung abgeschoben. Trotzdem ist es für die Betroffenen wichtig, dass wir auch dann die Rechtswidrigkeit der Haft feststellen lassen. Zum einen könnten viele Abgeschobene sonst faktisch nie wieder legal nach Deutschland einreisen, da sie zuerst die entstandenen Haftkosten (300 Euro und mehr pro Tag) begleichen müssten. Zum anderen ist die Mitteilung, dass die Haft rechtswidrig war, für sie auch eine moralisch Entlastung. Für viele Betroffene stellt die Inhaftierung ein Stigma dar, das ihnen das Leben in dem Land, in das sie abgeschoben wurden, noch zusätzlich erschwert. Viele Gefangene melden uns außerdem zurück, dass es für sie auch emotional sehr wichtig war, dass sich jemand für sie einsetzt.

Ein weiteres Anliegen ist für uns, das Thema Abschiebehaft in der Gesellschaft präsenter zu machen und Aufklärungsarbeit zu den Missständen zu leisten. Wir machen deshalb Pressearbeit und bieten Schulungs- und Informationsveranstaltungen an. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass von behördlicher Seite aus Statistiken zu den Fehlerquoten und Problemen in der Abschiebungshaft (u. a. Rechtswidrigkeitsquoten) erhoben werden. Obwohl von Anwält:innen und ehrenamtlichen Beratenden anhand von mehreren tausend Fällen dokumentiert wurde, dass in etwa 50% der Fälle die Haft rechtswidrig ist, gibt es keine amtlichen Zahlen dazu. Offiziell gibt es das Problem also nicht! Wir halten das angesichts tausendfacher Grundrechtsverletzungen für skandalös. In einer Gesellschaft, die strukturiert ist wie die unsere, muss Rechtsstaatlichkeit gerade für marginalisierte Menschen garantiert sein; angesichts der hohen Rechtswidrigkeitsquote sehen wir dies nicht als gegeben an und werden weiterhin Menschen in Abschiebehaft bei der Geltendmachung ihrer Rechte unterstützen.

“

„Eine Richterin am Bundesgerichtshof schrieb schon 2014, dass 85 bis 90 Prozent aller vom Bundesgerichtshof entschiedenen Verfahren im Abschiebungshaftrecht sich als rechtswidrige Inhaftierung erweisen. Diese Zahl muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. In diesem Jahr kam der Bundesgerichtshof in zwei Dritteln aller Fälle zu der Entscheidung, dass die Haft rechtswidrig war. Und das sind nur die Fälle, die vor dem Bundesgerichtshof landen!“

*Zitat: Peter Fahlbusch (RA)**

“



„... dass draußen Menschen waren, die für meine Freiheit kämpfen ...“ Interview mit Hossein N.

Hossein lebt seit 10 Jahren in Deutschland. Vor 24 Jahren ist er aus politischen Gründen aus dem Iran geflohen. Bevor er nach Deutschland kam, war er lange Zeit in Griechenland, häufig unter menschenunwürdigen Bedingungen, davon zwei Jahre in Abschiebehaft. Er fürchtete erst eine Abschiebung in den Iran und wurde schließlich von Nazis mit dem Tod bedroht, daraufhin kam er nach Deutschland. Hier ist Hossein seitdem geduldet, die meiste Zeit mit Arbeitsverbot – immer bedroht von einer Abschiebung nach Griechenland und der Sorge von dort in den Iran weitergeschoben zu werden.

Nach 9 Jahren in Kiel klingelte eines Tages seine Sachbearbeiterin der Ausländerbehörde in Begleitung der Polizei an seiner Tür. Er wurde in einem Auto zum Hamburger Flughafen gebracht, um ihn abzuschicken.

Nur weil Hossein sich weigerte in das Flugzeug zu steigen, wurde er in das Abschiebegefängnis nach Glückstadt gebracht um seinen Widerstand zu brechen. Doch Hossein kämpfte im Gefängnis mit einem Hungerstreik gegen seine Inhaftierung und die drohende Abschiebung. Sein Hungerstreik dauerte insgesamt 9 Tage, begleitet von Protesten außerhalb des Gefängnisses und einem Medienecho. Hossein kam nach 11 Tagen in Abschiebehaft frei. Doch er ist weiterhin von Abschiebung bedroht, hat nach 24 Jahren Flucht immer noch keine sichere Heimat gefunden. Die Ausländerbehörde Kiel hat ihm eine Duldung erteilt und ihm wieder ein Arbeitsverbot gegeben. Sie fordert von ihm – einem nachweislich politischen Geflohenen – zur iranischen Botschaft zu gehen und einen Pass zur Identitätsklärung zu beschaffen. Wir sind weiter mit Hossein in Kontakt und unterstützen seinen Kampf um ein sicheres Bleiberecht.



Hossein, wie ist deine Situation aktuell?

Ich habe immer noch eine Duldung, darf Kiel nicht verlassen und habe noch ein Arbeitsverbot. Derzeit warte ich auf eine Arbeitserlaubnis der Ausländerbehörde nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts, die Abschiebung nach Griechenland vorläufig aufzuheben. Ich bin aus dem Gefängnis raus, aber die Abschiebung ist nicht vom Tisch.

Kannst du uns das Gefühl, in der Abschiebehaf Glückstadt eingeperrt zu sein, beschreiben?

Das Gefängnis ist immer ein unangenehmer Ort. Abschiebehaf für eine Person, deren Verbrechen nur darin besteht, ein Asylbewerber zu sein, bedeutet, das Menschenrecht auf ein sicheres Leben mit Füßen zu treten. Es bedeutet, nur weil man nach Menschlichkeit gefragt hat, die Freiheit zu verweigern und einem alle Rechte zu nehmen.

Warum hast du dich für den Hungerstreik entschieden?

Wenn ich nach Griechenland zurückkehren würde, so wie damals, müsste ich hundertmal am Tag sterben und dann immer wieder aufwachen – in Obdachlos- und Perspektivlosigkeit und Bedrohung. Also beschloss ich, in einen Hungerstreik zu treten, weil ich im schlimmsten Fall nur einmal sterben würde.

Was hast du von draußen mitbekommen?

Als ich inhaftiert war und im Hungerstreik war, war das Einzige, was mir Mut machte, dass draußen Menschen waren, die für meine Freiheit kämpfen und mich unterstützen. Das war ermutigend für mich. Viele Freunde kamen, um mich in der Haft zu besuchen.

Was wünschst du dir?

Wie jeder andere Flüchtling wünsche ich mir eine Bleibe- und Arbeitserlaubnis und ein normales Leben. Dass ich für diese Gesellschaft und dieses Land nützlich sein kann.







Seit acht Jahren ich, lebe in Deutschland
Kann ich nicht zurück In mein Geburtsland
Habe ich Asylantrag gemacht
Habe gewartet am Tag in der Nacht
Bekomme immer eine Ablehnung
Schreibt dein Asyl ist nicht in Ordnung
Was in Ordnung ist, deine Abschiebung
Kriege immer noch eine Duldung
Eine Aufenthalt bekomme ich nicht
Obwohl erzählte ich vor dem Gericht:
Ich bin Ausländer, komme aus Iran
Helfen mir bitte, Denken Sie daran
Als Flüchtlinge hier gekommen
Hat meine Heimat Mullah genommen
Seit neun und neunzig bin ich unterwegs
Finden Sie bitte mich die Lösungsweg
Geben Sie bitte mir die Aufenthalt
Damit ich haben Arbeit und Gehalt
Ich bin hier weil Asylrecht möchte
Geben mir Asyl, geben mir Rechte
Sagt mir Behörde es tut uns sehr leid
Wenn es neues gibt, sagen wir Bescheid
Deutschland für dich ist als dritte Land
Du musst zurück nach Griechenland
Sagen Behörde immer zu mir
Bekommst du niemals Asyl und Papier
Behörde wollen iranischen Pass
Sage ich immer, ich habe nicht das
Es unmöglich ist, zur Botschaft gehen
Ich möchte niemals Botschafter sehen
Sicheres Leben möchte ich haben
Damit die Duldung nicht mich mehr schaden
Habe ich aber immer die Hoffnung
Das es am Ende gibt eine Lösung
Habe ein Schrank voll Ablehnungen

Schreiben immer du musst verschwunden
Das du In Deutschland nicht bleiben kannst
Bei alle Ämter ein negative hast
Jetzt in diesem Fall bitte ich darum
In diesem Tag und In diesem Datum
Unterschreiben für mein bleibrecht
Für meines Lebens für mein Asylrecht
Ich möchte immer hier bleiben
Aber warte ich auf Ihr schreiben

Gedicht von Hossein N.

ehemaliger Gefangener
in der Abschiebehaft
Glückstadt, geschrieben
2021 vor der Inhaftierung
im Jahr 2022



Die Besuchsgruppe für Menschen in Abschiebehaft stellt sich vor

Im Folgenden will sich die Besuchsgruppe für Abschiebegefangene in Glückstadt etwas näher vorstellen.



Neben der Kampagne gegen Abschiebehaft, deren Mitstreiter*innen aus allen drei Bundesländern kommen, aus denen Menschen inhaftiert und nach Glückstadt gebracht werden, gibt es noch die Besuchsgruppe. Die Besuchsgruppe besteht aus engagierten Menschen verschiedenen Alters, die zumeist aus Glückstadt bzw. dem Kreis Steinburg und der Umgebung kommen. Sie alle eint, dass sie sich gegen Rassismus und Diskriminierung engagieren und die Menschen im Abschiebegefängnis in Glückstadt direkt unterstützen wollen. Das sieht im Konkreten sehr unterschiedlich aus, die Unterstützung richtet sich nach den Bedürfnissen der Inhaftierten:

Zunächst einmal besuchen die Leute aus der Besuchsgruppe Inhaftierte, wenn diese das wünschen. Damit die Inhaftierten von dem Angebot mitbekommen und einen Kontakt haben, hängt im Gefängnis selbst ein mehrsprachiger Flyer aus. Während eines Besuches schildern die Gefangenen meist zunächst ihre Geschichte und berichten vom Alltag im Gefängnis, was es zu essen gab, wie viele Menschen gerade inhaftiert sind, wohin sie abgeschoben werden sollen oder eben auch wie die Behandlung durch die Justizvollzugsbeamt*innen ist. Die Besuchenden versuchen sich, wenn von der inhaftierten Person gewünscht, einen Überblick über die rechtliche Situation zu machen, gegebenenfalls Dokumente zu kopieren (denn ein Handy oder eine Kamera dabei zu haben ist während einem Besuch verboten). Dann wird, wenn benötigt und gewünscht Kontakt zur Abschiebehaftberatung Nord oder einer*einem Anwältin*Anwalt hergestellt, damit auch auf rechtllichem Wege alles versucht werden kann, dass die Person freikommt. Das gleiche gilt für Kontakte zu Pressevertreter*innen und lokalen Institutionen und Parteien.

Ansonsten erledigt die Besuchsgruppe auch weitere kleine Aufgaben, besorgt beispielsweise Lebensmittel oder Bücher in bestimmten Sprachen, wenn eine inhaftierte Person sich etwas dringend wünscht. Viele Besuche dienen aber auch einfach nur der zwischenmenschlichen Interaktion, manchmal werden Kartenspiele mitgebracht. Es wird gelacht, aber auch über Ängste und Sorgen geredet. Vielen Inhaftierten geht es psychisch sehr schlecht, schon mehrfach versuchten Inhaftierte mittels Hungerstreiks und Ausbruchsversuchen, teils geglückt, teils gescheitert, dem Freiheitsentzug zu entkommen.

Zwar darf die Abschiebehaft offiziell laut europäischem Gerichtshof keiner Straftat ähneln, in Glückstadt lautet das offizielle Motto der Hafteinrichtung gar ‚Wohnen Minus Freiheit‘. In der Realität sieht das ganze allerdings anders aus und selbst der verhältnismäßig kleine Einblick, den wir bei unseren Besuchen und Gesprächen erhalten reicht aus um zu erahnen, wie bedrückend und entwürdigend die Haft in Glückstadt sein muss. Betreten dürfen wir nur den Besuchsraum, allerdings erst nach einer gründlichen Kontrolle, bestehend aus dem Abtasten und Durchleuchten unseres Körpers sowie einem Durchleuchten sämtlicher mitgebrachter Gegenstände und Geschenke wie Stifte, Notizblöcke oder Kekse. Selbstgebackenes oder einige andere Lebensmittel wie rohes oder gefrorenes Fleisch mitzubringen ist verboten, ebenso wie Alkohol oder Gewürze. Erhält eine inhaftierte Person Besuch, beispielsweise von ihrer Familie, dem*der Ehepartner*in und/oder Kind, wird sie die ganze Zeit über von mindestens zwei Sicherheitskräften bewacht. Mal mehr, mal weniger interessiert lauschen diese am Tisch nebenan sitzend den Gesprächen und behalten die Interaktion die ganze Zeit über im Auge. Die kameraüberwachten Spaziergänge auf dem Innenhof des grau betonierten Gefängnisses sind nur zu bestimmten Zeiten möglich. Überall sind Gitter und Stacheldraht,

was eine Flucht zusätzlich zu all dem Wachpersonal und den sechs Meter hohen Mauern, die das Gelände umringen, noch unmöglicher scheinen lässt.

Damit diese eindeutig unmenschlichen Eindrücke breiteres Gehör finden, liegt auch die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort in Glückstadt der Besuchsgruppe am Herzen. Was hinter den hohen Mauer passiert, soll den Glückstädter Bürger*innen bewusst sein, die inhaftierten Menschen und ihre Geschichten nicht in Vergessenheit geraten. So veranstaltet die Besuchsgruppe (manchmal auch in Zusammenarbeit mit der Kampagne) verschiedene Aktionen vor Ort. Darunter zum Beispiel ein Konzert am Hafen während der interkulturellen Woche, Infostände auf dem Marktplatz, eine Filmvorführung und Diskussionsrunde während dem Kulturmärz Glückstadt und eine Kundgebung am Gefängnis zu Silvester.

Die Besuchsgruppe ist offen für Nachfragen und freut sich über weitere Mitstreiter*innen :)

Mailkontakt:

besuchsgruppe25348@riseup.net

Facebook:

Besuchsgruppe Abschiebehaft Glückstadt | www.facebook.com/besuchsgruppe25348/



Ausblick – Ausbrechen



Lieber Leser*in,

Abschiebeknäste sind Teil eines Systems, das Geflüchtete und Migrant*innen schikaniert, isoliert und aus der Gesellschaft ausgrenzt. Sie sind ein Teil des deutschen und europäischen Grenzregimes, das Flucht kriminalisiert und Menschenleben bewusst in Kauf nimmt. Sie sind damit das Pendant im Inneren zu den scharf bewachten Außengrenzen Europas. Die Verantwortung Europas und Deutschlands für die Fluchtgründe der Schutzsuchenden und ihre Angst vor erzwungener Rückkehr in Krieg, Unterdrückung, Perspektivlosigkeit und/oder Armut, werden im Abschiebeknast völlig ausgeblendet. Abschiebeknäste sind damit ein Ausdruck des gesellschaftlichen und in den Institutionen verankerten Rassismus.

Stoppt alle Abschiebungen!

Wir sprechen uns gegen jede Abschiebung aus! Bleiberecht für alle! Abschiebungen sind Gewalt. Sie beruhen auf dem nationalistischen System von Grenzen und haben damit u.a. die Funktion, die durch Kolonialismus und Kapitalismus entstandenen weltweiten Ungleichheiten zu erhalten. Wir wollen eine Welt wo Menschen nicht aufgrund ihrer Herkunft ausgebeutet werden oder gezwungen werden an einem Ort zu leben an dem sie nicht sein wollen. Für diese Ungerechtigkeiten gibt es klare Verantwortlichkeiten und dabei stehen Deutschland und die EU in erster Reihe.

Organisiert euch gegen Abschiebungen und Abschiebehäft – Für grenzenlose Solidarität!

Lasst uns gemeinsam Druck aufbauen. Lasst uns die Isolation der Gefangenen durchbrechen – sei es durch Besuche, Anrufe oder Briefe. Lasst uns Öffentlichkeit schaffen – durch Demos, Kundgebungen oder social media. Nutzt eure Ressourcen – supportet z.B. bei Anwaltskosten! Dem Protest und der Solidarität sind keine Grenzen gesetzt – Organisiert euch gemeinsam gegen Abschiebungen und Abschiebehäft!

... bis das Gefängnis schließt!





WAS TUN?

- » Druck aufbauen und informieren!
- » Organisiert Demos, Kundgebungen und Mahnwachen!
- » Schafft Öffentlichkeit durch Presse- und Social Media-Arbeit!
- » Organisiert Inforeveranstaltungen und Workshops!
- » Schreibt eine Petition oder einen offenen Brief!
- » Schließt euch zusammen, organisiert euch!

...

ISOLATION DURCHBRECHEN!

- » Schließt euch der Besuchsgruppe an!
- » Besucht die Gefangenen eigeninitiativ!
- » Schreibt Briefe!
- » Werde Person des Vertrauens und leiste rechtlichen Beistand!

...

NUTZT EURE RESSOURCEN!

- » Stellt Kontakte zu Rechtsanwält*innen und Migrationsberatungsstellen her!
- » Spendet Geld für Rechtsanwält*innenkosten, Telefonguthaben und vieles mehr!

...

INFORMIERE DICH!

- » zum Beispiel hier findest du weitere Texte und aktuelle Infos!



Erste Hilfe bei Abschiebehaft in MV

Die „Rostocker Gruppe gegen Abschiebehaft“ leistet Erste Hilfe bei drohender Abschiebehaft in MV. Die Mitglieder fungieren als „Personen des Vertrauens“ und begleiten Geflüchtete zu Anhörungen.

Der Gruppe geht es dabei um emotionale Unterstützung, aber auch darum, auf Rechtsverstöße zeitig hinzuweisen und sie für ein kommendes Verfahren zu dokumentieren. Wir möchten die Betroffenen darin unterstützen, dass unrechtmäßige Haftanträge abgelehnt werden und es gar nicht erst zu einer Abschiebehaft kommt.

Rostocker Gruppe gegen Abschiebehaft

Niklotstraße 13
18057 Rostock
Telefon 0157 72115713

[www.bleiberecht-mv.org/de/
ErsteHilfeAbschiebehaft/](http://www.bleiberecht-mv.org/de/ErsteHilfeAbschiebehaft/)



LINK-/ADRESSENLISTE

Überregional / Abschiebehaf:

- **Dokumentation**
„Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen“:
 www.ari-dok.org
- **Jugendliche ohne Grenzen:**
 www.jogspace.net
- **Kampagne „100 Jahre Abschiebehaf“:**
 www.100-jahre-abschiebehaf.de
 kontakt@100-jahre-abschiebehaf.de
 Liste: info@100-jahre-abschiebehaf.de
- **Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen:**
 www.thecaravan.org
- **Landesflüchtlingsräte:**
 www.fluechtlingsrat.de
- **Pro Asyl:**
 www.proasyl.de
- **the voice:**
 www.thevoiceforum.org

Regionale Kontakte:

- **Abschiebehafberatung Nord:**
 www.abschiebehafberatung-nord.de
 info@abschiebehafberatung-nord.de
- **Antifa Pinneberg:**
 www.antifapinneberg.noblogs.org
 antifa-pbg@riseup.net
- **Besuchsgruppe für Menschen in Abschiebehaf Glückstadt:**
 facebook.com/besuchsgruppe25348/
 besuchsgruppe25348@riseup.net
- **Freiraum Itzehoe:**
 www.freiraumitzehoe.blogspot.de/
 freiraum.itzehoe@outlook.de
 facebook.com/freiraumiz/
 instagram.com/freiraumitzehoe/
- **Glasmoorgruppe Hamburg:**
 glasmoorgruppe@posteo.de
- **Initiative PRO BLEIBERECHT in Mecklenburg-Vorpommern:**
 Kapaunenstraße 20, 17489 Greifswald
 www.bleiberecht-mv.org
 Info@bleiberecht-mv.org
 facebook.com/pg/bleiberecht.mv/about/
 twitter.com/bleiberecht_mv
 instagram.com/bleiberecht/
- **Netzwerk antirassistische Aktion Kiel (nara):**
 www.antiravernetzungsh.noblogs.org
 nara_kiel@riseup.net
 instagram.com/nara.kiel
- **Netzwerk gegen alle Abschiebungen in Hamburg „Stop all Deportations“:**
 facebook.com/Network-against-all-deportations-107523964167708/
- **Pro Bleiberecht:**
 C/o BDP MV e.V.
Doberaner Straße 21
18057 Rostock
- **Rostocker Gruppe gegen Abschiebehaf:**
 bleiberecht-mv.org/de/ErsteHilfeAbschiebehaf/
 Niklotstraße 13
18057 Rostock



<https://glueckstadohneabschiebehafn.noblogs.org>
www.instagram.com/glueckstadt_ohne_abschiebehafn
www.facebook.com/GlueckstadohneAbschiebehafn